

KEIN RECHT AUF EIN BESSERES LEBEN?

Walter Lesch



Christlich-ethische Orientierung
in der Flüchtlingspolitik

HERDER

Kein Recht auf ein besseres Leben?

Walter Lesch

Kein Recht auf ein besseres Leben?

Christlich-ethische Orientierung
in der Flüchtlingspolitik



FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2016

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Umschlaggestaltung: Finken & Bumiller, Stuttgart

Umschlagmotiv: © dpa Picture-Alliance / Georgi Licovski

Satz und PDF-E-Book: Barbara Herrmann, Freiburg

ISBN (Buch): 978-3-451-34855-6

ISBN (E-Book): 978-3-451-80954-4

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1. Festung Europa	15
1.1 Grenzen	17
1.2 Europarechtliche Regelungen	28
1.3 Nationale Alleingänge	35
1.4 Regelungsbedarf	40
Zusammenfassung	44
2. Ethische Ideale	46
2.1 Humanitäre Hilfe	48
2.2 Internationale Gerechtigkeit	57
2.3 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	63
2.4 Christliche Ethik	67
Zusammenfassung	72
3. Überforderung und Abwehr	74
3.1 Angst	77
3.2 Gruppenmoral	84
3.3 Populismus	88
3.4 Belastungsgrenzen	90
Zusammenfassung	93
4. Pragmatische Sozialethik	95
4.1 Methodenfragen	97
4.2 Sozialethische Modelle	101
4.3 Moralische Zwickmühlen	112

Inhalt

4.4 Handlungsebenen einer Migrationsethik	115
Zusammenfassung	118
5. Ökonomische Aspekte	119
5.1 Kosten-Nutzen-Kalküle	121
5.2 Demografie	128
5.3 Arbeit und Anerkennung	130
5.4 Stärken und Grenzen ökonomischer Argumentation	134
Zusammenfassung	136
6. Politik und Gesellschaft	137
6.1 In welcher Gesellschaft wollen wir leben?	138
6.2 Innenpolitik	148
6.3 Außenpolitik	154
6.4 Weltinnenpolitik	159
Zusammenfassung	161
7. Christliche Ethik in der Verantwortung	162
7.1 Theologie der Migration	165
a) Eine unabweisbare Verpflichtung zur Hilfe	170
b) Eine starke biblische Traditionslinie und die „Zeichen der Zeit“	174
c) Einsatz für die Koexistenz der Religionen	177
7.2 Parteilichkeit und Anwaltschaft	180
7.3 Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst als Beispiel	182
7.4 Interreligiöses Lernen	184
Zusammenfassung	186
Ausblick	188
Anmerkungen	190
Literatur	198

Vorwort

Auf dem Buchmarkt fehlt es nicht an Publikationen zur Migrationsfrage allgemein und speziell zur aktuellen „Flüchtlingskrise“. Wozu also ein weiteres Buch zu diesem Themenfeld? Die besondere Zugangsweise erklärt sich durch den Blickwinkel der Ethik, die auch als Bezugspunkt in den gesellschaftlichen Debatten eine Rolle spielt. Der Umgang mit Fremden ist nicht allein eine Frage der Politik und der Verwaltung. Hinter den schwierigen Entscheidungen stehen ethische Optionen, Werthaltungen, Abwägungen und Ideale einer gerechteren Welt.

Das Buch richtet sich an alle kritischen Zeitgenossen, die über die aus den Medien bekannten Fakten hinaus an einer sozialetischen Sicht auf die Aktualität interessiert sind und die Zeit aufbringen, mit etwas Abstand über Hintergründe, Motivationen und moralische Zwickmühlen unseres Denkens und Handelns nachzudenken. Es wendet sich an Professionelle in Sozialarbeit, Politik und Recht, in Kirchen und Verwaltungen sowie an ehrenamtliche Helfer. Ethische Argumentation ist an die Standards der Vernunft gebunden und nicht mit religiöser Belehrung zu verwechseln. Allerdings soll der christliche Kontext als eine Quelle der Motivation nicht geleugnet werden. Wenn es gelänge, darüber mit Freunden und Kritikern eines weltoffenen und toleranten Europas ins Gespräch zu kommen, wäre ein wichtiges Ziel erreicht. Ich möchte nachvollziehbar machen, wie eine ethische Urteilsbildung bei einem kontrovers diskutierten gesellschaftspolitischen Thema möglich ist,

und darstellen, was ethische Orientierung leisten kann und was nicht.

Mein besonderer Dank gilt Clemens Carl, Lektor beim Verlag Herder. Er hat dieses Projekt initiiert und mit viel Geduld begleitet. Ich danke den Studierenden an der *Université catholique de Louvain*, mit denen ich in Lehrveranstaltungen in der Sozialethik und in der Moralphilosophie einige Gedanken dieses Buches in französischer Sprache diskutieren konnte, und bin einmal mehr froh über das Glück, an diesem internationalen Ort zu lehren und zu forschen. Meine Beschäftigung mit Fragen der Migration begann vor etwa drei Jahrzehnten in meinem Herkunftsland Deutschland an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, meiner ersten beruflichen Station nach dem Studium. Dort hat Klaus Barwig mit bewundernswerter Konsequenz und Ausdauer dem Thema Gehör verschafft und ihm speziell durch die von ihm entwickelten „Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht“ ein international anerkanntes Forum gegeben. Diese Initiative ist ein schönes Beispiel dafür, was die geduldige und engagierte Beschäftigung mit den normativen Grundlagen der Gesellschaft durch Tagungen und Publikationen zur Verbesserung der Streitkultur beitragen kann.

Die Menschen, um die es vor allem geht, Flüchtende, die in Europa auf ein besseres Leben hoffen, gehören zu den impliziten Leserinnen und Lesern, die nicht „Gegenstand“, sondern Partner meines Schreibens sind. Letztlich ist das Buch das laute Nachdenken über deren Hoffnungen und Rechte und über die Verunsicherungen in einem Europa, das an seinen Ansprüchen als Wertegemeinschaft zu scheitern droht.

Louvain-la-Neuve, im Juli 2016

Walter Lesch

Einleitung

„Es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben.“ Mit dieser provokanten Aussage mischte sich im September 2015 der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in die emotional aufgeladene Debatte um die Flüchtlingspolitik in Europa ein. Der Kontext dieses isolierten Satzes lässt ebenso aufhorchen. Die Flüchtlinge, so Orbán, kämen schließlich aus sicheren Nachbarländern Syriens und seien somit bereits vor dem Bürgerkrieg in ihrem Heimatland sicher. Dass sie in Europa ein besseres Leben suchten, sei durchaus nachvollziehbar, aber eben nicht mit einem Rechtsanspruch verbunden.

Die knappe Formulierung und ihre suggestive Mitteilung ist ein Lehrstück populistischer Rhetorik. Denn der für seine gnadenlose Politik der geschlossenen Grenzen bekannte Politiker verwahrt sich geschickt gegen den zu erwartenden Vorwurf, er sei am Schutz der Menschenwürde und an der Respektierung elementarer Sicherheitsbedürfnisse der Flüchtlinge überhaupt nicht interessiert. Die kategorische Verweigerung eines Grundrechts auf ein besseres Leben zielt auf einen anderen Abwehrmechanismus: auf die Unterstellung, dass nicht Terror und Krieg die Menschen in die Flucht nach Europa treiben, sondern der Traum von einem Wohlstand, der nun einmal nicht für alle Menschen garantiert werden könne. Nationale Interessenvertretung sei primär den Bedürfnissen der schon im Land etablierten Bürger verpflichtet und nicht den Erwartungen von Migranten, auch wenn deren Wünsche und Pläne noch so verständlich sind.

Hier soll keineswegs der Eindruck erweckt werden, ethische Überlegungen zur Flüchtlingsfrage von einer reaktionären Agenda bestimmen zu lassen. Das Beklemmende an einer argumentativen Auseinandersetzung mit einem übergroßen Thema ist die Unausweichlichkeit der Berührung mit Extremen. Die Wahl der richtigen Optionen in der Flüchtlingspolitik polarisiert wie wenige andere aktuelle Themen. Die Frontstellungen im politischen Schlagabtausch führen zu einseitigen Aussagen, die wenig dazu geeignet sind, auf Nuancen zu achten und sich die Zeit für kritische Abwägungen zu nehmen. Doch genau dies ist die Aufgabe der Ethik: Begründungen zu liefern für Bewertungen und Handlungsoptionen, die wir für sinnvoll und geboten halten. Es geht darum zu begründen, welche moralischen Verpflichtungen wir gegenüber Flüchtlingen haben und welche rechtlichen und politischen Regelungen damit verbunden sind. Wer die Überzeugung vertritt, dass es im Zusammenhang von Flucht und Asyl vielleicht doch so etwas wie ein Recht auf ein besseres Leben gibt, muss gute Gründe für diese Haltung angeben können.

In diesem Buch wird die These vertreten, dass es moralisch plausibel ist, die Flucht von Menschen nach Europa als die legitime Suche nach einem besseren Leben zu verstehen, sofern die Alternativen nur darin bestünden, in einem Zustand von Krieg, Elend und Unterdrückung zu bleiben oder in trostlosen Flüchtlingslagern zu leben, ohne eine konkrete Aussicht auf die Rückkehr in ein Land mit einer lebenswerteren Zukunft zu haben. Vor der Haustür Europas spielt sich eine Tragödie ab, die wir am liebsten nicht wahrhaben wollen. In einem bisher ungekannten Ausmaß wird Menschen in Ländern, die mit rechtsstaatlichen Verhältnissen nichts zu tun haben, ein Leben in Würde und Sicherheit vorenthalten. Menschen fliehen vor Krieg, Terror, Willkür und

Armut und suchen Schutz in einem Europa, das sich als Wertegemeinschaft präsentiert, die für all das einsteht, was in Diktaturen und in chaotischen Verhältnissen der dort lebenden Bevölkerung vorenthalten wird.

Angesichts des immensen Erwartungsdrucks auf einen offensichtlich völlig überforderten Kontinent stellt sich notgedrungen die Frage nach den Akteuren eines fairen Interessenausgleichs. Wir haben es primär mit einem politischen Gestaltungsproblem zu tun und nicht mit einer Frage des persönlichen Wohlwollens, obwohl individuelle Offenheit und strukturelle Verantwortung nie ganz voneinander zu trennen sind. Die Beschäftigung mit der Flüchtlingsproblematik gehört in den Zuständigkeitsbereich der Sozialethik, also in jenes Teilgebiet der Ethik, das sich mit Institutionen und Gerechtigkeitsfragen beschäftigt. Wir werden allerdings in verschiedenen Kapiteln dieses Buches auch die Verbindungslinien zwischen den persönlichen Fragen einer gelingenden Lebensgestaltung und den Strukturproblemen gerechter Politik zu analysieren haben. Diese Sichtweise drängt sich auf, weil wir es gewohnt sind, in Analogien zu denken und abstrakte Sachverhalte wie gesellschaftliche, politische und ökonomische Abläufe an unsere viel kleiner-räumigere Erfahrungswelt zurückzubinden. Das heißt konkret, dass wir den Umgang mit Flüchtlingen spontan als eine Situation denken, in der Menschen an eine Tür klopfen und um Einlass in ein Haus oder eine Wohnung bitten. Wenn wir internationale Migration aus dieser Perspektive betrachten, kann die Reaktion nur panische Abwehr sein. Denn wer sieht sich in der Lage, eine sehr große Zahl von um Einlass Bittenden bei sich zu beherbergen?

Die Redeweise von der „Festung Europa“ bringt deutlich zum Ausdruck, dass wir die Analogie des abgesicherten Wohnraums auf ein politisches Gebilde übertragen, das als

gemeinsames Haus ins Wanken gerät, wenn seine Eingänge nicht mehr kontrollierbar sind. Wir können uns diesen Vergleichen nicht ganz entziehen, weil wir mit den Bildern von Grenzen, Mauern und Kontrollstellen konfrontiert sind, die uns emotional nicht gleichgültig lassen. Deshalb wird der konkreten Wahrnehmung des zu analysierenden ethischen Themas auf den folgenden Seiten ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Doch bei allen Abwägungen und Vorsichtsmaßnahmen ist die Leitfrage nicht aus dem Blick zu verlieren: Gibt es ein Recht auf ein besseres Leben? Wir sprechen von den Zukunftsperspektiven von Menschen, nicht von anonymen Kontrollmechanismen. Deshalb wird in den folgenden Kapiteln der Versuch unternommen, strukturelle Aspekte in den sozialetischen Überlegungen zwar in den Vordergrund zu stellen, ohne aber die auf allen Ebenen einflussreiche menschliche Dimension auszublenden. Die Leserinnen und Leser mögen beurteilen, ob dies gelungen ist.

Bei wenigen Schreibprojekten habe ich als Autor ein solches Wechselbad der Gefühle erlebt wie bei diesem Buch, auf dessen Fertigstellung ich mehr als einmal am liebsten verzichtet hätte, weil die Eindrücke von Enthusiasmus und Ernüchterung, von Empörung und Verunsicherung die Arbeit beeinflussten. Wenn der Rechtsanspruch auf ein faires Asylverfahren missbraucht wird, wenn Integration scheitert und Parallelwelten entstehen, dann kommen Überzeugungen ins Wanken. Ein Buch über die Sozialethik von Flucht und Migration ist nur schwer aus der sicheren Zuschauerperspektive zu schreiben. Dieser subjektive Faktor ist daher auch beim Lesen stets mit zu reflektieren.

Eine letzte Vorbemerkung sei erklärend hinzugefügt. Ich arbeite als deutscher Staatsbürger an einer belgischen Universität und nehme mir die Freiheit, meine politische Identität

tät als europäisch zu deklarieren. Aus der Distanz eines Nachbarlandes im Herzen Europas habe ich die Entwicklungen in Deutschland seit dem Sommer 2015 mit einer Intensität verfolgt wie schon lange nicht mehr. Berufliche Kontakte und die Beschäftigung mit Medienberichten und einer umfangreichen Fachliteratur waren unentbehrlich für eine solide Dokumentation. Dabei wurde mir deutlich, dass die deutschen Debatten nur in einem gesamteuropäischen Kontext zu verstehen sind und dass die europäische Konstellation einen internationalen Rahmen hat, der für das Verständnis weltweiter Migration zu berücksichtigen ist. Was auf den folgenden Seiten zu lesen ist, verlangt nach Fortsetzung und Vertiefung, nach Vergleichen und Konfrontationen mit anderen Blickwinkeln, die von anderen Erfahrungen und anderen fachlichen Hintergründen geprägt sind. Die hier gewählte Zugangsweise ist im Kontext ethischer Reflexion verankert, deren Möglichkeiten und Grenzen auf die Probe zu stellen sind. Es wurde ganz bewusst die Form eines Essays gewählt, um die vielen offenen Fragen und Zweifel freier als in einer wissenschaftlichen Abhandlung darzustellen.

Das Buch besteht aus sieben Kapiteln, die auch je für sich gelesen werden könnten, die jedoch insgesamt mit dem Anspruch geschrieben sind, eine möglichst kohärente und vollständige Darlegung der wichtigsten Argumente anzubieten. Den Auftakt macht eine Beschreibung der europäischen Ausgangssituation, deren Wahrnehmung bereits mit ethischen Filtern geschieht (Kapitel 1). Die zur Geltung kommenden ethischen Ideale werden in Kapitel 2 ausdrücklicher zur Sprache gebracht. Kapitel 3 stellt sich den Ängsten und Abwehrreaktionen, die in den ethischen Idealen eine verantwortungslose Überforderung sehen. Genau in der Mitte des Weges, in Kapitel 4, besteht die Gelegenheit für eine erste Zwischenbilanz, die in methodischer Hinsicht selbstkritisch

Einleitung

nach Vorgehensweise und Leistungsfähigkeit einer ethischen Sicht auf die Flüchtlingskrise fragt. In der zweiten Hälfte liegt der Schwerpunkt auf Lösungsansätzen und konkreten Handlungsorientierungen. Diese befinden sich für eine kritische Ethik der Gesellschaft einerseits im Bereich der Wirtschaft (Kapitel 5), andererseits im politischen und rechtlichen Bereich (Kapitel 6). In Kapitel 7 werden die bereits in den anderen Kapiteln zur Sprache gekommenen Beiträge christlicher Ethik gebündelt, um nach den theologischen Dimensionen einer christlich motivierten Haltung zu Asyl und Migration zu fragen.

1. Festung Europa

Wenn von Menschen auf der Flucht die Rede ist, werden archaische Bilder und Ängste wach. Zwar waren einerseits Flucht und Migration schon immer wichtige Antriebskräfte der Menschheitsgeschichte.¹ Andererseits stört genau diese Tatsache das elementare Bedürfnis nach einem Leben in geordneten Verhältnissen, in denen wir vor unliebsamen Überraschungen geschützt sind. Flüchtlinge erinnern uns daran, dass die Welt aus den Fugen geraten ist und dass wir nicht die Augen vor dem verschließen können, was vor unserer Haustür passiert. Diese nüchterne Erkenntnis ist besonders bitter für jene Bewohner Europas, die über Jahrzehnte in relativ stabilen geopolitischen Verhältnissen gelebt haben und die von den Vorteilen eines starken Binnenmarktes profitieren sowie von den Privilegien ungehinderter Mobilität im Schengen-Raum.

Sobald Fremde um Schutz und Aufenthaltsrecht bitten, kommen die vergessenen geglaubten Grenzen mit ihrer ganzen Ambivalenz erneut ins Bewusstsein. Wer kann, wer darf zu uns kommen? Wer darf bleiben, befristet oder für immer? Allein oder mit Familie? Diese Fragen sind unbequem, weil es gute moralische Gründe dafür gibt, sie relativ großzügig zu beantworten. Doch genau hier beginnen die Probleme. Es klafft eine gewaltige Lücke zwischen dem Ideal der Freizügigkeit und der Wiedererrichtung von Grenzposten, zwischen der Einschränkung staatlichen Regulierungswahns und dem Ruf nach einem starken Staat, der uns gefälligst vor den unangenehmen Folgen unkontrollierter Zuwanderung schützen möge.

Auf dem Niveau des europäischen Einigungsprozesses finden wir die Kontrollprobleme wieder, die im Zeitalter der Nationalstaaten allein in den Kompetenzbereich von Staaten fielen, die im polizeilichen wie militärischen Schutz ihrer Grenzen sogar einen besonders sichtbaren Ausdruck ihrer Souveränität sahen. Wie noch zu zeigen sein wird, haben wir die Mechanismen nationalstaatlicher Selbstbehauptung bei weitem nicht hinter uns gelassen. Zusätzlich konstituierte sich das geeinte Europa in den Augen der Kritiker einer rigiden Flüchtlingspolitik als eine uneinnehmbare Festung, die ihr klar umgrenztes Territorium vor unerwünschten Eindringlingen abzuschotten versucht.²

Die militärische Phraseologie lässt leider nichts Gutes ahnen. Die von den Briten im Zweiten Weltkrieg geprägte Formel *Fortress Europe* bezeichnete das von den Nazis besetzte Kontinentaleuropa, dessen Befreiung sich die Alliierten zum Ziel setzten. Spiegelbildlich kam der Ausdruck „Festung Europa“ dann auch in der Nazi-Propaganda vor, um Verteidigungsbereitschaft und technische Überlegenheit zu signalisieren. Dieser geschichtliche Hintergrund sollte uns aufhorchen lassen, da er an die zwei Seiten ein und desselben Phänomens erinnert. Im heutigen Sprachgebrauch kommen beide rhetorischen Strategien zum Einsatz: in der Anklage fremdenfeindlicher Tendenzen und in der rechten Propaganda für dichte Grenzen. Wer die Unbarmherzigkeit eines sich abschottenden Europas kritisieren will, benutzt die Festungsmetapher ebenso wie die Rechtspopulisten, die mit ihr für den Schutz des Abendlandes vor Invasoren werben.

Es wäre zu einfach, die gesamte Migrationsthematik auf eine Frage der Grenzregulierung zu reduzieren. Denn mit den Folgen eines weltweiten Wohlstandsgefälles und einer gleichzeitigen Vernetzung aller Menschen durch Medien und verkehrstechnische Verbindungen ist die Selbstdefiniti-

on eines Gemeinwesens durch die Festlegung von Kriterien legitimer Zugehörigkeit viel grundsätzlicher zu diskutieren. Allerdings haben zahlreiche Erfahrungen spätestens im Sommer 2015 einer überraschten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass die angeblich so abgesicherte europäische Festung nicht uneinnehmbar ist. Der Traum von einer grenzenlosen und zugleich sicheren Welt muss nach diesen konkreten Erfahrungen anders aussehen. Deshalb sollten zu Beginn einige exemplarische Momente erwähnt werden, die zum Nachdenken über die Konturen des europäischen Selbstverständnisses zwingen. Diese Überlegungen sind aus der Perspektive eines Europäers formuliert, der als Unionsbürger sozusagen in der Mitte der konzentrischen Kreise lebt, mit denen sich die Statusunterschiede zwischen den Menschen verdeutlichen lassen, die in Europa leben oder leben wollen. Diese Sichtweise ist nur leicht dezentriert, da der Autor nicht in dem Land arbeitet, dessen Pass er hat. Im Vergleich zu den Unsicherheiten eines Flüchtlingsstatus ist dies aber eine komfortable Situation, deren Verunsicherung zu Reflexen von Besitzstandswahrung Anlass geben kann.³ Eine ernsthafte Beschäftigung mit der Flüchtlingspolitik ist immer auch eine Auseinandersetzung mit Tabus und mit der eigenen Bequemlichkeit.

1.1 Grenzen

Das Urbild der befestigten Wohnlage ist die Burg als durch Mauern vor Eindringlingen zu verteidigender Ort, dessen (meist adlige) Besitzer ihre Privilegien schützen. Wer Aufnahme in diese Festung findet, ist vor eventuellen Verfolgern sicher. Der Bürger als Bewohner einer befestigten Siedlung lebt in einer räumlich stark erweiterten und demokratisier-

ten Variante dieser Burganlage. Seine Stadt schützt sich ebenfalls durch Mauern vor der Außenwelt und kontrolliert die Zugänge an gesicherten Stadttoren. Im Zuge des Wachstums der Städte und einer Zivilisierung der Umgangsformen sind die Mauern und Schutzwälle immer entbehrlicher geworden, so dass heute in vielen historisch gewachsenen Städten Europas nur noch Grünanlagen oder Ringstraßen an den Verlauf der ehemaligen Wehranlagen erinnern. Wo in geschichtsbewusstem oder romantischem Ambiente Stadtbefestigungen erhalten geblieben sind, haben sie ihre alte Funktion und ihren Schrecken verloren. Auf dem amerikanischen Kontinent wiederum gibt es nur ganz wenige Städte mit der europäischen Befestigungsstruktur. Die Grenzen von Städten sind virtuell geworden, da sie nur unnötige Barrieren für Wirtschaft und Wohnraum darstellen. Außerdem hatten Bewohner von Burgen und befestigten Städten immer schon zu bedenken, dass sie nicht in autarken Strukturen lebten. Sie waren auf ein produktives Umland angewiesen, ohne dessen Arbeit die Insassen jeder Hochsicherheitsfestung verhungern müssten.

Die zunehmende Vernetzung der Menschen durch Wirtschaft und Handel hatte Auswirkungen auf die umständliche Kleinstaaterie, die von dem ökonomischen Trend zur Grenzverschiebung bzw. Grenzaufhebung betroffen war. Als virtuelle Referenz sind territoriale Gliederungen aber immer noch wirksam. Das gilt auch für Schutzsuchende, die nicht mehr in einer befestigten Burg oder Stadt oder in einem geschützten Raum Zuflucht finden, sondern innerhalb der Grenzen eines Staates, der die Zugangsberechtigungen für den Aufenthalt auf seinem Territorium kontrolliert und verwaltet.

Grenzziehungen gibt es nicht nur in der Welt der Politik. Wo immer Räume und Gemeinschaften zu strukturieren sind, suchen wir nach Unterscheidungskriterien zwischen

Innen und Außen, um daraus mehr oder weniger verbindliche Regeln abzuleiten. Im Fall politischer Grenzen wird die Differenz zwischen Einheimischen und Fremden folgenreicher, muss aber nicht unbedingt zu gewaltsamen Ausgrenzungen führen. Sobald man sich von der totalitären Vorstellung eines homogenen Staatsvolkes verabschiedet, koexistiert eine autochthone Bevölkerung immer mit Zugewanderten und Gästen. Es gibt somit rechtliche Statusunterschiede, die einander aber angeglichen werden können und die keine Diskriminierungen darstellen. Nicht die Grenze als bewachte Barriere entscheidet über Inklusion oder Exklusion, sondern die Identitätspapiere, mit denen man sich ausweisen können muss. Wer mit gültigem Pass und Visum einreist, hat eine befristete Aufenthaltserlaubnis und kann auf dieser Grundlage gegebenenfalls nach Wegen zu einer Verfestigung dieses Status suchen. Der legale Grenzübertritt beginnt in der Regel mit administrativen Maßnahmen am Ausgangspunkt der Migration: bei Behörden und Botschaften, die als Außenposten des Ziellandes eine erste Kontaktstelle sind.

Identitätskontrollen finden längst nicht mehr nur an klassischen Außengrenzen statt. Sie gibt es auch an jedem Flughafen, der wegen gesunkener Reisekosten ein wichtiger Knotenpunkt internationaler Mobilität geworden ist. Was sich in den letzten Monaten und Jahren in Europa ereignete, unterscheidet sich aber sehr von den routinierten Kontrollen an offiziell dafür vorgesehenen Übergängen. Die Migranten, die uns vor ganz neue Aufgaben stellen, sind jene, die jede Hoffnung auf eine legale Einreise aufgegeben haben und die nicht über die zu einem Grenzübertritt erforderlichen Papiere verfügen. Zwischen dem Bereich der gewollten legalen Migration und der unerwünschten irregulären Migration⁴ eröffnet sich das Feld des Verfolgten zu gewährenden Schutzes

im Rechtsanspruch auf Asyl, dessen Berechtigung einer Überprüfung bedarf. Für Flüchtende ist diese Bedürftigkeit eine Evidenz, deren strenge behördliche Untersuchung als Misstrauen und Abwehr empfunden werden kann. Wozu Menschen in ihrer Verzweiflung bereit sind, hat sich an mehreren Orten gezeigt, die ins Zentrum weltweiter Aufmerksamkeit gerückt sind. Exemplarisch seien drei davon näher betrachtet: das Mittelmeer (als Beispiel für die „blaue Grenze“), der Tunnel zwischen dem Kontinent und England (als Beispiel für ein Nadelöhr mitten in Europa) und die Balkanroute (als Beispiel für einen Landweg).

In feierlichen Reden über Europa wird der Mittelmeerraum – *mare nostrum*⁵ – gern als die Wiege der europäischen Zivilisation bezeichnet und als kultureller Großraum mit vielen Gemeinsamkeiten zwischen Südeuropa und Nordafrika. Heute ist das Mittelmeer zum Massengrab für Tausende von Bootsflüchtlingen geworden, denen es nicht gelungen ist, in überfüllten und wenig seetüchtigen Schiffen das rettende Ufer zu erreichen. Im kollektiven Gedächtnis waren Boatpeople bislang als Phänomen aus der Zeit nach dem Vietnamkrieg bekannt, als Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre Vietnamesen auf Booten über das Südchinesische Meer den Repressionen des kommunistischen Regimes zu entfliehen versuchten. Der deutsche Journalist Rupert Neudeck (1939–2016) machte sich damals mit dem zum Hospital umgebauten Frachter Cap Anamur auf den Weg, um Schiffbrüchige zu retten.⁶

Bis heute spricht man von Bootsmenschen im Zusammenhang mit der illegalen Migration nach Australien, das ja nur auf dem Seeweg erreichbar ist. Seit etwa fünfzehn Jahren verfolgt die australische Regierung eine rigide Abschreckungspolitik. Flüchtlinge werden nach Möglichkeit noch vor dem Erreichen der australischen Küste abgefangen und